



SPD-NEWS

Dienstag-Treff am 2. Dezember 2014

Ein kleiner Kreis von SPD-Treuen war diesmal ins „Schwert“ gekommen um wieder einmal die Probleme in Stadt, Land und Bund zu bereden. Teilweise war Frust zu erkennen, aber auch die Erkenntnis, Überlegungen anzustellen wie man es besser machen könnte, drang durch. Was die Situation an diesem Abend sehr gut beschrieb, war die Reaktion von Stammgästen im Lokal: „Alle, die aus dem Nebenzimmer kommen, machen ein mürrisches Gesicht. Was ist los?“ Meine Antwort war:
„Sehr ernste Dinge gab es zu besprechen!“

Es war doch so, oder?

Protokoll Dienstagstreff November:



Anwesend: Susi, Martin, Julius, Stephanie, Lutz, Gerhard Müller, Gerhard Tessin, Juri, Stefan, Joachim, Klärle. Presse: Kurt Effinger

TOP 1 Aktuelles

Leserbrief zum Thema TTIP: Schwäbische keine Reaktion, SWP: neue Version in kürzerer Fassung

Vorgehensweise Sigmar Gabriel bezogen auf TTIP

TTIP im Ehinger Gemeinderat? Nach Juris Einschätzung keine Chance auf eine

NEWS 16

1. Januar 2015

NEWS16 jetzt wieder im Netz: Dienstag-Treff, MAIL an Sigmar Gabriel, Dienstag-Treff, Tag des Ehrenamts, Rottenacker wieder Bahnhalt, Kreistag: Haushaltsrede von Klara Dorner. Alle Fraktionen mit Namen.

MAIL-Adresse: lumo.lutzmoni@t-online.de

Hier die Adresse der Redaktion und Herausgebers: Lutz Deckwitz Im Wiesental 41 89584 Ehingen 1 Mühlen. Tel. 0 73 95 257

In diesem Sinne

Euer Lutz Deckwitz

„erfolgreiche“ Umsetzung bzw. Beschlussfassung

Situation Pfisterstraße an der VB Baustelle

Kreismitgliederversammlung: mäßig besucht; Hilde: Haushaltsdebatte Bundestag, Rivoir: Infrastrukturmaßnahmen im Landkreis, Bestandsschutz Realschulen; Bernhard sehr nervös.

TOP 2 Gemeinderat

Erneuerung Beleuchtung großer und kleiner Saal der Lindenhalle

gastronomische Situation / Bewirtung noch nicht geklärt

Neugestaltung Bereich Schmiech/Untere Stadt (Straußenwirtsgässle, Rosmanith-Haus)

Vergabe Strom für Stadt Ehingen:

Opposition – geschlossene Abstimmung für regenerative Energie; Mehrheit – Beschluss für „grauen“ Strom

Unterschied zwischen Öko- und Graustrom preislich: 11 €

TOP 3 Kreistag

Haushaltsberatungen: Erneuerung
Fahrbahnbelag Straße Ehingen –
Schlechtenfeld ; Umbau TG Sternplatz aktuell
in Verzögerung wegen Brandschutz;
Genehmigung Erweiterung Turnhalle
Gymnasium (ein Hallenteil finanziert durch
den Kreis, zweiter Hallenteil finanziert durch
die Stadt)

Kultur und Sozialausschuss: Ausweitung
Angebot Drogenhilfe auf Online-Spielsucht
verursacht höhere Kosten (Erhöhung um 9
TEUR à Stadt Ulm 6 TEUR, ADK 3 TEUR
gewünscht; bewilligt durch den ADK 2,5
TEUR).



Situation Asylbewerber und Flüchtlinge:
aktuell im ADK 311 Erwachsene, 152 Kinder in
Gemeinschaftsunterkünften (Langenau,
Dornstadt, Blaubeuren, Ehingen); Zuschuss 15
Monate, aber Flüchtlinge „wohnen“ häufig
länger dort); in Ehingen müssen auf Grund
der höheren Anzahl auch die bisherigen
Gemeinschaftsräume als Wohnraum nutzen;
bauliche Maßnahmen an der Ehinger
Gemeinschaftsunterkunft in der Berkacher
Straße nötig? Arbeitskreis Migration sucht
intern auch nach Lösungen; ab Januar 2015
dürfen Flüchtlinge / Asylbewerber nach 15
Monaten eine Berufstätigkeit aufnehmen
und bereits vorher die Gemeinschafts-
Unterkünfte verlassen dürfen.

sozialer Wohnungsbau durch die Stadt???

Gemeinschaftsunterkünfte sind v.a. für die
Arbeit der Sozialarbeit von Vorteil.

Erweiterung Magdalena-Neff-Schule?

Rettungsdienst im Alb-Donau-Kreis: 15
Minuten bis Ankunft am Einsatzort;
Hubschraubereinsätze werden allerdings
mitberücksichtigt; offiziell kein
Handlungsbedarf à Rettungszentrum
Ulm/Alb-Donau wird Zeiten ohne
Hubschraubereinsatz erheben.

TOP 4 Jahresplanung 2015

Termin Jahreshauptversammlung: 27.03. 19
Uhr im Dolce Vita (Anfrage im Lokal machen
Martin und Susi).

Vor-Ort-Termine zusätzlich zum
Dienstagstreff: THW, Flüchtlingsheim,
Feuerwehr, Schulen, Tafelladen, DRK,
mittelständische Unternehmen (Ultralight,
Knöpfe Weihnachtsmarkt [19.12.], Zet-
Chemie, Sailer Solar) Organisation durch Lutz.

Mitgliederwerbung, Inklusion (Referent
suchen; macht Klärle, evtl. im Februar oder
März)

Januar Dienstagstreff am 13.1.: Aktuelle
Entwicklung TTIP; Landtagswahl

TOP 5 Verschiedenes

Termine: Uli Schmucker verstorben?

Dienstag-Treff im Januar 2015 in der „Scheibe“

Achtung, der 1. Dienstag-Treff im Neuen Jahr
findet ausnahmsweise diesmal im Gasthof
zur „Scheibe“ statt und zwar am 13. Januar
2015, 20.00 Uhr.

Wie üblich wollen wir uns politisch
austauschen und evtl. auch Gespräche über
die Landtagswahl 2016 führen. Alle SPD-
Mitglieder sind herzlichst eingeladen, sich
mit Genossen auszutauschen und den
Berichten der Mandatsträgern zu lauschen.

Vielleicht können diese schon etwas über die
neuen endgültigen Haushalte der Stadt
Ehingen und des Alb-Donau-Kreises sagen.

MAIL an Sigmar



Zur Kenntnis aller Mitglieder der SPD Ehingen veröffentlicht NEWS eine MAIL von Lutz Deckwitz an Sigmar Gabriel:
Guten Tag verehrter Genosse Sigmar!

Mein Name ist Lutz Deckwitz und ich bin 2. Ortsvereinsvorsitzender des Ortsvereins der SPD Ehingen in Baden-Württemberg in der Nähe von Ulm.

Am Dienstag, 2. Dezember hatten wir unseren regelmäßigen Dienstag-Treff bei dem wir über die SPD in Bund, Land und Region diskutieren. Dabei kam unweigerlich das Thema TTIP zur Sprache. Auch Deine Antwort auf unseren Brief an Dich, den wir Dir zum gleichen Thema schickten. Nun aber kommt von Dir die Kehrtwende zu TTIP, sprich Zustimmung, und darüber sind wir im Ortsverein schon ein wenig überrascht bzw. frustriert.

Ich möchte Dich deshalb freundlichst auffordern, diese Einschätzung Deinerseits nochmals zu überdenken. Es kann nicht sein, dass wir unsere Demokratie inklusive der Justiz auf dem amerikanischen Altar der Wirtschaftsinteressen opfern. Sollte tatsächlich ein Parteitag über dieses Thema veranstaltet werden, dann hoffen wir, dass sich das demokratische Bewusstsein der Parteibasis durchsetzt.

Ehrlich gesagt, manchmal macht Ihr in Berlin uns in der Diaspora das Leben mit Euren Entscheidungen schon schwer. Gerade deshalb bitte ich Dich auf diesem Wege persönlich um Deine Solidarität und Verständnis mit uns einfachen Mitgliedern.

Mit solidarischen Grüßen

Lutz Deckwitz
2. Vorsitzender der SPD Ehingen

Weihnachtsmarkt mit SPD-Mitgliedern

Als Ergebnis des Dienstag-Treffs am 2. Dezember trafen sich SPD-Mitglieder auf dem Weihnachtsmarkt, um auch mal in der Öffentlichkeit Präsenz zu zeigen. Auch Sozis feiern Weihnachten und trinken Glühwein.

Inklusion geht Schritt für Schritt voran

Anlässlich des Internationalen Tages der Menschen mit Behinderungen äußert sich die Ulmer Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis:

Der am 3. Dezember jährlich stattfindende Internationale Tag der Menschen mit Behinderungen trägt dazu bei, auf die Lebenssituation der in Deutschland lebenden Menschen mit Behinderungen aufmerksam zu machen. Zugleich erinnert er an die gesellschaftliche Verpflichtung, umfassende Teilhabe, Gleichberechtigung und Selbstbestimmung für Menschen mit Behinderungen zu ermöglichen.

Weltweit leben eine Milliarde Menschen mit Behinderungen. Allein in Deutschland sind es rund 17 Millionen Erwachsene, die mit einer gesundheitlichen Beeinträchtigung oder

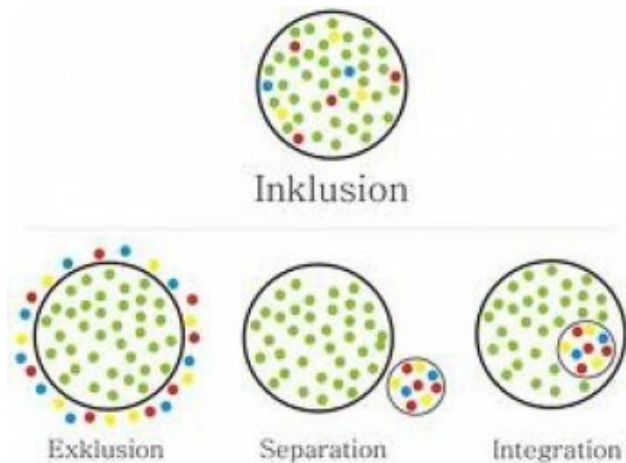
Impressum

NEWS versteht sich als Diskussionsplattform des SPD-Ortsvereins Ehingen.

V.i.d.S.: Lutz Deckwitz, Ehingen-Mühlen
Alle Artikel mit Autorenhinweis sind Meinungen des jeweiligen Verfassers.

Der Bezug findet digital statt und ist kostenlos.
Zuschriften oder Leserbriefe sind ebenfalls digital erwünscht an die MAIL-Adresse:
lumo.lutzmoni@t-online.de

chronischen Krankheit leben, davon 9,6 Millionen mit einer amtlich anerkannten Behinderung. „Die Lebensrealität vieler Menschen mit Behinderungen liegt jedoch weit entfernt von dem im Rahmen der UN-Behindertenrechtskonvention geforderten



Inklusion schematisch dargestellt: Besser für alle.

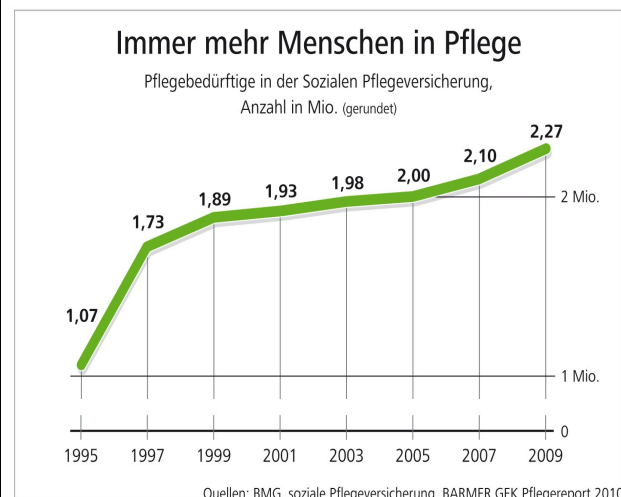
Idealzustand. Ich bin deshalb froh, dass es uns gelungen ist, nahezu 20 Handlungsaufträge zur Verbesserung der Lebenslagen von Menschen mit Behinderungen in dem zwischen CDU/CSU und SPD vereinbarten Koalitionsvertrag aufzunehmen“, erklärt Mattheis. „Konkret wird das am gerade diskutierten Teilhabegesetz, mit dem wir einen Anspruch auf gesellschaftliche Teilhabe in das Sozialgesetzbuch festschreiben wollen. So sollen Menschen mit Behinderungen beispielsweise Assistenzleistungen wie Gebärdendolmetscher bei Alltagsgeschäften erstattet bekommen können. Dies ist direkte und konkrete Hilfe.“

Die Bundestagsabgeordnete verdeutlicht aber auch, dass Inklusion nicht schnell zu realisieren ist. „Es ist wichtig, dass wir an unserem Ziel Schritt für Schritt weiterarbeiten“, erklärte Mattheis. „Wir dürfen nicht stehenbleiben, aber wir können auch nicht alles auf einmal realisieren. Und es ist wichtig, bei jedem Schritt Menschen mit Behinderungen mit einzubeziehen, getreu dem Motto: ‚Nicht über uns, ohne uns!‘“

Pflegende Angehörige werden spürbar entlastet

Anlässlich der heutigen Verabschiedung des Familienpflegezeitgesetzes erklärt die Ulmer Bundestagsabgeordnete und gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Hilde Mattheis:

Mit dem Familienpflegezeitgesetz wird die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf deutlich verbessert und pflegende Angehörige spürbar entlastet. Das ist eine gute Nachricht für die Angehörigen der etwa 8000 Pflegebedürftigen in Ulm und dem Alb-Donau Kreis. Bei Eintreten der Pflegebedürftigkeit eines Angehörigen gibt es nun einen Rechtsanspruch auf zehn Tage Pflegezeit, die mit einer Lohnersatzleistung unterlegt ist. Das gibt Angehörigen die Möglichkeit die Pflegesituation zu organisieren, ohne Lohneinbußen hinnehmen zu müssen. Zudem gibt es nun einen Rechtsanspruch auf eine teilweise Freistellung für pflegende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gegenüber ihrem Arbeitgeber.



Besonders positiv ist, dass es gelungen ist, den Begriff der „nahen Angehörigen“ um Stiefeltern, lebenspartnerschaftsähnliche Gemeinschaften und Schwägerinnen bzw.

Schwager zu erweitern. Damit können mehr Angehörige von den Leistungen profitieren. Darüber hinaus gibt es mit dem Gesetz auch die Möglichkeit einer Sterbebegleitung. Für die Begleitung schwerstkranker Angehöriger in der letzten Lebensphase besteht künftig ein Anspruch auf berufliche Freistellung für maximal drei Monate.

Ehrenamt verlangt Dank und Respekt

Anlässlich des heutigen Internationalen Tag des Ehrenamtes äußert sich die Ulmer Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis:

„Der internationale Tag des Ehrenamtes lenkt die Aufmerksamkeit auf die vielen Millionen Menschen in Deutschland, die anderen freiwillig und ohne Bezahlung helfen und sich gesellschaftlich engagieren. Dieses Engagement verlangt unseren Respekt und unseren Dank, denn viele Leistungen wären ohne ehrenamtliche Tätigkeiten gar nicht mehr möglich.“, erklärt Mattheis.



„Insbesondere die große Hilfsbereitschaft vieler Menschen gegenüber Flüchtlingen, die aus widrigsten Verhältnissen kommend bei uns Schutz suchen, ist bewundernswert.“, betonte die Bundestagsabgeordnete. „Wenn die steigende Anzahl von Flüchtlingen auch zu einer steigenden Hilfsbereitschaft und Offenheit führt, ist dies ein gutes Signal für unsere Gesellschaft.“ Der Internationale Tag des Ehrenamtes wurde 1985 von der UNO beschlossen und findet jährlich am 05. Dezember statt um alle Arten des Ehrenamtes zu würdigen. In Deutschland ist laut des Freiwilligensurveys des

Bundesfamilienministeriums rund ein Drittel der Bevölkerung ehrenamtlich engagiert. Dies umfasst umfangreiche gesellschaftliche und soziale Bereiche wie Seelsorge, Kultur, Tierschutz, Altenpflege, Freiwillige Feuerwehr u.v.m.

Rottenacker: Jetzt wieder ein Bahnhalt

Die Gemeinde Rottenacker hat es geschafft: Die Deutsche Bundesbahn hat den dortigen Bahnhof insofern aktiviert, dass etliche Personen-Zughalte von der DB eingerichtet worden sind. Ein Schritt in die Zukunft und eine Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur im Alb-Donau-Kreis. 1873 wurde Rottenacker täglich mit 8 Fahrten bzw. wöchentlich mit 56 Fahrten bedient und der Halt war bis 1988 aktiv. Ab dem 14. 12. 2014 ist der Bahnhof wieder Haltepunkt. In der Woche nun mit wöchentlich 87 Stopps. Karl Hauler, Bürgermeister von Rottenacker meint zwar, dass es noch viel zu tun gäbe in dieser Angelegenheit. Recht hat er. Und Rottenacker Bürger dokumentierten mit ihrer Anwesenheit ihr Einverständnis.



In einem ausgelegten Flyer, auf dem ein Fahrplan von 1873 und der Fahrplan ab 14. 12. 2014 abgedruckt sind, fällt auf, welche Stationen außer Rottenacker noch angefahren wurden. Dettingen, Untermarchtal, Rechtenstein, Zwiefaltendorf und Unlingen. Der Autor erinnert sich noch, als er wöchentlich zur Berufsschule nach Ulm in die Pionierkaserne fuhr, ging der Zug morgens um 5.30 Uhr per Dampflock ab Dettingen und in meiner Erinnerung war er immer pünktlich, auch im Winter. Unser damaliger Berufsschullehrer in Ulm sagte

damals, Unpünktlichkeit könne er nicht dulden, also lieber ein sehr frühen Zug nehmen war meine Devise.

Weit über 150 Gäste gaben sich die Ehre, diesen Tag zu feiern. In der Bahnhofshalle hatten sich freiwillige Mitarbeiter eingefunden, die Weißwürste, Seitenwürste und Getränke servierten und alle griffen zu, zumal die Gemeinde Rottenacker die Kosten übernahm. Eine Abordnung der Musikkapelle Edelweiß aus Rottenacker begrüßte dann auch den ersten offiziellen Zug aus Richtung Ulm. Etliche Fahrgäste nutzten das Angebot der Bahn, umsonst nach Munderkingen oder Ehingen zu fahren, der Weihnachtsmarkt lässt grüßen..

Zahlreiche Bürgermeister aus der Umgebung waren auch unter den Gästen sowie die MdB Hilde Mattheis. Des weiteren auch der CDU-MdB Heinz Wiese und der stellvertr. Landrat Heiner Scheffold aus Ehingen. Und ein Ehepaar aus Eberbach im Filstal kam auch mit dem Zug zu den Feierlichkeiten. Es stellte sich heraus, dass die Ehefrau aus Rottenacker stammte und nun die Gelegenheit nutzte, mit dem Zug Rottenacker zu besuchen. Auf dem Bahnsteig hatte der Nahverkehrsverbund „DING“ einen Info-Stand aufgebaut und informierte über die neuen Möglichkeiten im Verkehrsverbund Donau-Iller.

120 Flüchtlingskinder freuten sich über die Geschenke vom Nikolaus.

Am Samstag 6. 12. 2014 kam der Nikolaus auch in die Römerstraße zu 120 Kindern und ihren Eltern in die Unterkunft für Flüchtlinge. Der Nikolaus erzählte ihnen auf Deutsch, Arabisch, Türkisch und Englisch seine Geschichte, dass er am Tag seines Geburtstages Leckereien bringt und als Vorbote das Weihnachtsfest ankündigt. Der Nikolaus erzählte ihnen auf Deutsch, Arabisch, Türkisch und Englisch seine

Geschichte, dass er am Tag seines Geburtstages Leckereien bringt und als Vorbote das Weihnachtsfest ankündigt.



Flüchtlingskinder erhalten Geschenke: Einsatz für notleidende Kinder

Ein Bewohner übersetzte auf Serbisch. Anschließend verteilte er mit Unterstützung der SPD-Bundestagsabgeordneten Hilde Mattheis und der Jusos mit Schokolade gefüllte kleine Säckchen und Stiefelchen an die Kinder und vom Verein Familien in Not gestiftete Spiele und Bücher sowie kleine Teddybären vom ASB. Dank der zahlreichen Spenden, insbesondere auch von Mitarbeiter*innen und der Geschäftsleitung des ASB, konnten alle Kinder vom Nikolaus beschenkt werden. "Diese Aktion konnte dank eines Spendenaufrufs von Hilde Mattheis (MdB) bei den SPD-Genossen veranstaltet werden und es kamen so viele Sach- und Geldspenden zusammen, dass diese Aktion nochmals mit einem Weihnachtskaffee wiederholt werden konnte.

HUMOR - HUMOR - HUMOR – HUMOR

„Jetzt sende mir erscht zwoi Wocha verheiratet und hend nix als Streit“ klagt die Carolin bei ihrer Mutter.

„Du Arme, wie hots denn a'gfanga?“
„Woischt Mama, a'gfanga hots do dermit, dass d'r Karle unbedingt mit aufs Hochzeitsfoto hot wella!“

In Würde sterben: Palliativ und Hospizversorgung in der Region muss verbessert werden

Die Ulmer Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis setzt sich für eine bessere Versorgung von schwerkranken und sterbenden Menschen ein. Im Alb-Donau-Kreis besteht dringender Handlungsbedarf bei der spezialisierten ambulanten Palliativversorgung (SAPV). Hilde Mattheis wird in mehreren Veranstaltungen im Frühjahr 2015 über das aktuelle Gesetzesvorhaben der Bundesregierung informieren.

Das Palliativnetz Ulm und das Palliativ Care Team (PCT) Biberach versorgen aktuell schwerkranke Menschen in Ulm, dem nördlichen Alb-Donau-Kreis und Ehingen. Versicherte in Westerheim, Merklingen und Laichingen werden durch das Palliativ Care Team Filsttal ambulant versorgt. Im Gebiet Allmendingen bis Heroldstatt, Berghülen bis Blaubeuren und in Balzheim, Illerrieden und Schnürpflingen kann eine spezialisierte ambulante Palliativversorgung aktuell nicht sichergestellt werden. Das geht aus einer Antwort der AOK Ulm-Biberach auf eine Anfrage der Bundestagsabgeordneten hervor. Grund seien die weiten Entfernungen. Derzeit liefen allerdings Gespräche zwischen der Krankenkasse mit Interessenten für diese Regionen, versichert die AOK.

Der Alb-Donau-Kreis ist kein Einzelfall. In vielen ländlichen Regionen des Bundesgebiets fehlt es an der vertraglichen Umsetzung der spezialisierten ambulanten Palliativversorgung (SAPV). Es besteht dringender Handlungsbedarf. Anfang des nächsten Jahres wird ein Gesetz für eine bessere Palliativ- und Hospizversorgung in den Bundestag eingebracht. Hilde Mattheis wird in mehreren Veranstaltungen zu Beginn des Jahres 2015 darüber informieren und zusammen mit Hospizverbänden sowie Ärztinnen und Ärzten die Versorgungslage von sterbenden Menschen diskutieren.

„Schwerstkranke Menschen brauchen unsere Hilfe. Deswegen werden wir an vielen Stellen ansetzen, um ihr Leid zu lindern“, so Mattheis. Ziel sei, Hospize finanziell stärker zu fördern und in Zukunft 95 Prozent der Kosten durch die Krankenkassen zu refinanzieren. Ambulant tätige Palliativmediziner sollen besser honoriert werden. In Pflegeeinrichtungen soll sichergestellt werden, dass die Bewohnerinnen und Bewohner auf Wunsch ein auf sie individuell zugeschnittenes Angebot für ihre letzte Lebensphase bekommen. Zudem sollen Versicherte einen



Rechtsanspruch erhalten, von der Krankenkasse umfassend zum Thema der Palliativ- und Hospizversorgung beraten zu werden.

„Wir werden etwa 200 Millionen Euro pro Jahr investieren, um die Versorgung Schwerstkranker zu verbessern“, so Mattheis abschließend. „Niemand soll in den letzten Wochen und Tagen seines Lebens leiden müssen.“

Sozialdemokratische Partei Deutschlands **Rede zur Verabschiedung des Haushaltes für das Jahr 2015** Kreistagsfraktion Alb-Donau-Kreis

Ulm, den 15. 12. 2014

Sehr geehrter Herr Landrat Seiffert, meine sehr geehrten Damen und Herren. Meine Herren Vorredner, Herr Kaiser und Herr Mangold, haben den Haushalt für das Jahr 2015 aus der Perspektive ihrer Fraktionen

dargestellt und bewertet. Ich möchte nun die Perspektive und die Gedanken der SPD-Fraktion hinzufügen.

Da 50 % unserer Fraktion neu im Amt sind, haben wir gerne die Gelegenheit wahrgenommen, Herrn Keck zu uns in die Fraktionssitzung einzuladen. Auf einige Veränderungen bei den finanziellen Eckdaten wurde schon bei der Einbringung hingewiesen: Zuerst zu den nicht erfreulichen Zahlen

Negativ für uns wirkt sich der nochmalige Rückgang der NEW-Ausschüttung um 3,1 Millionen € auf 2 Millionen aus. Aber diese Entwicklung ausschließlich mit dem vermeintlich zu schnellen, weil nicht vorhersehbaren Ausstieg aus der Atomenergie, also mit der plötzlichen Energiewende zu begründen und damit die Verantwortung der Politik dafür zuzuschieben scheint uns nicht angebracht. Die großen Energieversorgungsunternehmen hatten unter Rot-Grün im Jahre 2000 gemeinsam einen Weg in Rede zum Haushalt 2015 - SPD-Kreistagsfraktion den Ausstieg beschlossen. Schade, dass sie alle mit der Umsetzung gezögert haben und erfreut nach dem Wahlsieg der CDU/FDP 2010 die Modifizierung im Atomgesetz, also faktisch den Ausstieg aufgriffen. Dass dann nach Fukushima 2011 wieder alles anders wurde, hätte die Energiekonzerne vielleicht nicht so in Schwierigkeiten gebracht, wenn sie den ersten Ausstiegsplan ernst genommen hätten. Erfreulicherweise entwickelt sich zumindest die EnBW inzwischen zu einem Unternehmen, das die Energiewende nun wirklich ernst nimmt. Interessant wird es sicher noch werden, wie mit der Frage nach der Endlagerung des Atommülls umgegangen wird.



Positiv wirkt sich die Überwindung der Delle bei der Steuerkraftsumme aus und führt zu einer Mehreinnahme von 17 Millionen €. Erfreulich stabil positiv wirkt sich auch die von GRÜN-Rot gegen viel Kritik eingeführte Erhöhung der Grunderwerb-Steuer aus. Wir

können sogar einen Anstieg von 5,5 Millionen auf 6 Millionen verzeichnen.

Auf weitere Details im Plan möchte ich nicht eingehen, da die Zahlen ja ausgiebig dargelegt wurden. Aber lassen sie mich noch ein paar Worte zur Kreisumlage sagen. An der Kreisumlagenstellschraube wurde diesmal noch nicht gedreht. Das freut natürlich alle Kommunen im Landkreis, aber wir müssen auch deutlich machen, dass für die Umsetzung unserer Aufgaben alle gleichermaßen beteiligt werden. Die 27,5 % konnten auch nur deshalb in diesem Jahr gehalten werden, weil dank der Steigerung der Steuerkraftsumme in den Kommunen die 27,5 % Punkte uns pro Kopf 26 Euro mehr brachten. Rede zum Haushalt 2015 - SPD-Kreistagsfraktion

Wir haben den landesweit niedrigsten Hebesatz, das ist schön und gut so - aber wir brauchen auch einen Spielraum für eine nachhaltige Kreispolitik. Dazu ist wichtig, den sicheren und soliden Kurs der Haushaltspolitik der Vorjahre fortzusetzen. Dies gilt ebenso im Hinblick darauf, finanzielle Spielräume für die Aufgaben zu schaffen, die in nächster Zukunft bewältigt werden müssen. Sie, Herr Landrat, haben die Richtung mit 29%-Punkten für 2016-17 schon angedeutet. Die Anhebung der Kreisumlage ist sicher ein möglicher Weg, aber wir sollten uns auch gemeinsam über Prioritäten und Strukturveränderungen im Haushaltsgefüge Gedanken machen. So können wir vielleicht einen Gestaltungsfreiraum gewinnen und wir müssen uns nicht durch die weiter zurückgehenden OEW-Ausschüttungen einengen lassen.

Lassen Sie mich nun auf einige Punkte eingehen, die für uns als SPD wichtig sind:

Anstehende Aufgaben

Die Umsetzung der fortgeschriebenen Nahverkehrskonzeption und des S-Bahn Konzeptes, aber auch die vorbehaltlose Prüfung des Bahnhalts Merklingen oder wie ich lesen konnte, des Bahnhalts Schwäbische Alb, werden uns im kommenden Jahr stark beschäftigen. Hier müssen wir das Gesamte sehen, müssen prüfen, ob durch diesen Bahnhalt eine ganze Region eine Entwicklungschance bekommen kann, die



Kreistag des Alb-Donau-Kreises: Haushalt 2015 beschlossen und genehmigt.

Ausstrahlung auf den gesamten Kreis und darüber hinaus erzielen kann. Wir denken da nicht nur an die Bereiche Tourismus, wirtschaftliche Ansiedlungen, Entlastung der Autobahn, Schaffung von Arbeitsplätzen, sondern auch auf längere Sicht gesehen an Bevölkerungszuwachs. Und was die schnelleren Züge betrifft: Könnte diese Anschaffung nicht auch unsere Argumentation in der Frage des Bahnhalts in Erbach auf der Rede zum Haushalt 2015 - SPD-Kreistagsfraktion Süd-Bahn bestärken, da ja dadurch auch dort 3 Minuten gewonnen werden könnten? Auch im Jahr 2015 bildet unsere ADK GmbH für Gesundheit und Soziales einen Schwerpunkt bei den Investitionen. Wir halten das immer noch für sehr wichtig und sie findet weiterhin unsere volle Unterstützung. Dazu später noch einige Gedanken.

„12,7 Millionen im Haushalt – Kreis investiert in Schulen“ schreibt die Südwestpresse vom 10. Dezember. Auch hierfür geben wir also Geld aus, Geld das sich auch im

Schuldenstand niederschlägt – aber die Zukunft unserer jungen Menschen ist uns das wert. Dass unsere Schulen, sowohl die Beruflichen, als auch die Sonderschulen für Geistig- und Körperbehinderten, eine immer noch zunehmende Akzeptanz erfahren, liegt sicher nicht allein an der guten Ausstattung, sondern spiegelt eine hohe Wertschätzung der pädagogischen Leistung wider. Es ist gut und richtig, dass unser Landkreis vor Jahren die Sinnhaftigkeit von Schulsozialarbeit als Ergänzungs- und Unterstützungsmaßnahmen erkannte. Mittlerweile nimmt die Nachfrage nach guter Schulsozialarbeit stetig zu. Wir werden die Entwicklung weiterhin im Auge behalten, wissen uns aber in dieser Frage auch durchaus im Einklang mit der Verwaltung. Sozialbereich / Sozialhaushalt Der größte Bereich im Kreishaushalt ist der Sozialbereich. Die Aufwendungen dafür sind im Haushaltsplan mit über 52,6 Mio. € veranschlagt. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 1,9 Mio. und das, obwohl inzwischen der Bund die Kosten der Grundsicherung im Alter zu 100% trägt.

Flüchtlinge und Asylbewerber

Eine große Herausforderung stellt für alle Landkreise und Kommunen, also auch für uns, die weltpolitische Situation dar. Menschen, die in ihrer Heimat verfolgt werden, die in ihrer Heimat kein sicheres oder menschenwürdiges Leben führen können, sind auf der Flucht. Weltweit sind nach Angaben der UNO 51,2 Millionen Menschen auf der Flucht. 2012 waren es noch 35,8 Millionen. Die Ursachen sind uns allen hinlänglich bekannt. Dass wir einen Teil dieser Menschen bei uns aufnehmen, ist für ein reiches Land wie Deutschland selbstverständlich. Es ist erfreulich, dass diese Aufgabe des Landkreises von vielen Bürgerinnen und Bürger durch ehrenamtliche Tätigkeiten unterstützt werden. Uns steht es gut an, wenn wir den Menschen, die zu uns kommen, unsere Wertschätzung entgegenbringen. Nicht für alle Menschen ist es ein leichter Weg, sich ohne unsere persönliche Unterstützung in unserer Gesellschaft und unseren Werten zurechtzufinden. Und nur durch einen breiten gesellschaftlichen Konsens können wir fremdenfeindliche und undemokratische Bewegungen, wie sie allenthalben entstehen, wirksam verhindern. Und deshalb ist es dringend notwendig, dass auch die Bundesregierung und die europäische Kommission und das europäische Parlament diesbezüglich ihre Hausaufgaben machen.

Eine Aufgabe, mit der wir uns vermutlich sehr bald konkret beschäftigen müssen, ist die zunehmende Raumnot für Gemeinschaftsunterkünfte. Herr Landrat, Sie haben dieses Jahr gesagt, dass Sie die Flüchtlinge nicht in Containern unterbringen möchten. Diese veränderte Aussage freut uns sehr, aber gerade deshalb müssen wir gemeinsam im Laufe dieses Haushaltsjahres eine Möglichkeit suchen, wie wir der Wohnungsnot begegnen können. Die sieben Quadratmeter Wohnfläche pro Person ab Januar 2016 können wir vermutlich auch nicht ohne weiteres gewährleisten. Einige gesetzliche Veränderungen wurden in den letzten Monaten beschlossen, u. a. dass



die Asylbewerber früher arbeiten dürfen sollen. Der Zugang zu Sprachkursen wurde erleichtert. Die Zuweisung vom Land für die Unterbringung und Betreuung von Menschen, die bei uns Zuflucht suchen, ist auf 18 Monate begrenzt. Deshalb ist es umso dringender, dass diese Menschen möglichst schnell Arbeit und Wohnung finden. Vielleicht wäre da eine umfassende Diskussion über die Chancen, die das „Sonderbauprogramm zum Bau von Wohnungen für Flüchtlinge“ (insgesamt 30 Millionen Euro) des Landes beinhaltet, ein durchaus lohnenswertes Ansinnen. Auch die Kommunen stehen hier in der Pflicht.

Weitere Pflichtaufgaben

Der größte Anteil des Sozialhaushaltes wird also zur Finanzierung der Pflichtaufgaben aus den Sozialgesetzbüchern benötigt. Allein die Eingliederungshilfen benötigen einen Zuschuss von 26,2 Millionen, das sind 700 000 € mehr als 2014. Wir sind aber dankbar, dass für Menschen mit Behinderung, egal welcher Art, wohnortnahe Lösungen geboten werden können. Mit dem Bau des Fachpflegeheims für psychisch Kran-je wird ein weiteres wohnortnäheres Angebot geschaffen. Vielleicht gelingt es in den kommenden Jahren auch eine Angebotslösung für junge Menschen zu finden, deren Angehörige mit der Pflege zuhause auf die Dauer einfach überfordert sind.

Ja, wir stehen weiterhin für die Umsetzung der Handlungsfelder, die wir mit der Fortschreibung des Teilhabepans beschlossen haben.

Eine zunehmend kontrovers diskutierte Frage ist die Forderung nach Inklusion. Die Entscheidung der UNO aus dem Jahr 2006 wurde aber einstimmig im Bundestag 2009 ratifiziert.

Wir müssen uns vor Ort der Frage nach echter Inklusion stellen. Inklusion bedeutet nicht nur die Teilnahme behinderter Kinder am Regelunterricht.

Inklusion erfordert ein Umdenken von uns allen. Auch muss dringend geklärt werden, wer welche Aufgaben zu erfüllen hat, denn dort wo Inklusion in der Praxis umgesetzt werden soll – an den Schulen im Kreis –

treffen Kultusministerium und Landratsamt zusammen. Inklusion kostet Geld: Der Bundes -gesetzgeber stellt jährlich neuerdings 5 Milliarden dafür zur Verfügung. Aber was ist das schon? Wer bezahlt die Infrastruktur, wer bezahlt die Personen, die als Begleitung dabei sein müssen? Mit der Berufung von Verena Bentele (deutsche Biathletin, Skilangläuferin, vierfache Weltmeisterin und zwölf-fache Paralympics-Siegerin - blind) zur Bundesbehindertenbeauftragten wurde ein erster Schritt in die richtige Richtung gemacht - aber es wird noch ein weiter Weg bis ins Bewusstsein aller sein. Auf die Behindertenvertretung unseres Landkreises kommen sicher diesbezüglich noch viele Aufgaben zu.

Arbeitssuchende

Dank des bisher günstigen Konjunktur-verlaufs konnte der Zuschussbedarf für arbeitssuchende Menschen um 100 000 € auf rund 8,6 Millionen gesenkt werden. Den höchsten Kostenanteil dabei stellt nach wie vor der Unterstützungsbedarf für Unterkunft und Heizung. Ein milder Winter lässt hoffen. Dass die Finanzierung der Sozialausgaben ein gesamtdeutsches Problem ist, zeigen die derzeitigen Diskussionen über den Soli. (Allein in den nächsten drei Jahren müssen die Kommunen vier Milliarden mehr für Sozialausgaben ausgeben. Sie übersteigen damit teilweise die kommunalen Investitionen um mehr als das Doppelte. Allein die Kosten der Eingliederungshilfe nehmen jährlich um sechs Prozent zu). Wir Menschen leben länger, Ehepartner/-in und ganze Familien übernehmen zunehmend Pflegedienste. Hier leisten die 2011 eingerichteten Pflegestützpunkte sehr gute Arbeit. (Haushalt S. 345) Pflegestützpunkte kosten zwar Geld, aber die starke Zunahme der Beratungen um 100 Prozent von 2013 auf 2014 zeigt, dass wir damit zusammen mit den Partnern Land und Krankenkassen auf dem richtigen Weg sind. Vielleicht sollten wir im Verlaufe des Jahres ein dezentrales Sprechstundenangebot ins Auge fassen, um für alle Kommunen unseres Landkreises ein wohnortnahes An-gebot gewährleisten zu können. Das dort investierte Geld ermöglicht vielen Menschen eine adäquate Pflege

zuhaus oder in der Familie. Lassen Sie uns diesen Gedanken noch weiterführen. Seit Jahren tragen wir durch Zuschüsse dazu bei, dass Menschen die Möglichkeit haben, ihre letzten Wochen ihrer schweren Krankheit in einem stationären Hospiz verbringen zu können. Dass es vergleichsweise wenige Plätze sind, dass diese Einrichtung nicht für jeden bezahlbar ist und dass auch nicht jeder in ein Hospiz möchte, ist uns schon bewusst. Wir könnten

CDU
Baumann, Alexander, Oberbürgermeister, Ehingen
Bold, Hubert, Oberst a. D., Blaubeuren
von Darl-Späth, Sylvia, Ortsvorsteherin, Blaustein
Eberhardt, Hermann, Diplom-Ingenieur, Amstetten
Engler, Georg, Bürgermeister, Weidenstetten
von Ulm-Erbach, Constantin, Landwirt, Erbach
Gaus, Achim, Bürgermeister, Erbach
Geiselmann, Ulrike, Bankkauffrau, Staig
Haimerl, Walter, Gärtnermeister, Allmendingen
Hauler, Karl, Bürgermeister, Emerkingen
Kaiser, Jens, Bürgermeister, Illerrieden
Klumpp, Oliver, Bürgermeister, Ehingen
Dr. Lohner, Michael, Bürgermeister, Munderkingen
Nägele, Friedrich, Bürgermeister, Schelklingen
Oberdorfer, Ulrich, Bürgermeister, Schelklingen
Ogger, Jochen, Bürgermeister, Lonsee
Rewitz, Robert, Bürgermeister, Allmendingen
Straub, Sigisbert, Bürgermeister a. D., Dietenheim
Traub, Karl, Landtagsabgeordneter (MdL), Hausen am Bussen
Uhl, Jutta, Steuerfachgehilfin, Ehingen
Walz, Hartmut, Bürgermeister, Westerheim
Weber, Heinrich, Hals-Nasen-Ohren-Arzt, Langenau
Wiese, Heinz, Bundestagsabgeordneter (MdB), Ehingen
Wittlinger, Christian, Diplom-Agraringenieur (FH), Beimerstetten
Wolf, Sebastian, Bürgermeister, Ehingen
Wörner, Kurt, Realschulrektor a.D., Laichingen
Wurm, Romy, Bürgermeisterin, Rechtenstein

uns aber durchaus vorstellen, (wie es die Freien Wähler ähnlich formulierten), dass im Bereich der ambulanten Palliativmedizin und damit im Bereich der ambulanten Pflege ein Aufgabenfeld erschlossen werden könnte,

das Zukunft hat. Die Aussicht, dass wir in unserem Kreis nicht nur schmerzfrei leben, sondern auch schmerzfrei sterben können – wäre eine tröstliche Perspektive. An dieser Stelle möchten wir all den Menschen, die sich um zu pflegende Angehörige kümmern, ein großes Dankeschön sagen.

ADK GmbH für Gesundheit und Soziales:

Damit wäre ich bei einem Thema, in das wir in den letzten Jahren enorm viel Geld investiert haben. Und das ist auch gut so und wir stehen weiterhin dazu. Gute medizinische Versorgung im ländlichen Raum ist Daseinsvorsorge für die dort lebenden Menschen. Deshalb stehen wir zu unserer ADK GmbH für Gesundheit und Soziales, auch wenn es unseren Gesundheitszentren, trotz aller Anstrengungen, nicht gelingt ein ausgeglichenes Betriebsergebnis zu erwirtschaften. Die Rahmenbedingungen, die von anderen aufgestellt werden, haben einen sehr großen Einfluss. Wir stellen fest: Die aus eigenen Kräften möglichen Aktivitäten zur Verbesserung des Betriebsergebnisses sind definiert und werden umgesetzt. Die vorhandenen Potentiale sind aber nach unserer Auffassung zu großen Teilen genutzt. Die Bereitschaft, weiterhin Prozesse und Abläufe zu verbessern um damit noch weitere Kostensenkungen zu erzielen, würde nach unserem Dafürhalten womöglich eher nur noch auf Kosten der Qualität der Behandlung in unseren Gesundheitszentren möglich sein. Wir sind gespannt, wie sich das angesichts von der Bundesregierung versprochener Änderung der Gesundheitspolitik entwickeln wird. Das am 1. Januar in Kraft tretende Pflege-stärkungsgesetz lässt uns diesbezüglich noch hoffen. In der letzten Haushaltsrede hat mein Vorgänger Günter Neubauer uns auf das zunehmende Problem der ärztlichen Versorgung auf dem Lande hingewiesen. Die in Zusammenarbeit mit der ADK GmbH errichteten Zentren für Medizin, Pflege und Soziales (MVZ) sind ein guter Schritt um dort die ärztliche Versorgung zu sichern. Was aber geschieht in den Kommunen, die nicht über eine Einrichtung der ADK GmbH verfügen oder deren niedergelassene Ärzte nicht bereit sind, ihre Praxis in ein Ärztehaus zu verlegen? Hier sähen wir hier und da die Notwendigkeit, dass jemand nicht direkt Betroffener als

Vermittler oder Koordinator mit den niedergelassenen Ärzten auch deren Verantwortung für die zukünftige ärztliche Versorgung diskutieren würde. Die Sorge der Ärzteschaft um die Aufgabe ihrer Unabhängigkeit sollten wir dabei allerdings auch sehr ernst nehmen. Aber nur gemeinsam können wir es schaffen.

Demografische Struktur unserer Kreisverwaltung und Vereinbarkeit Beruf und Familie:

Im Jahr 2014 war eine Planungsrate für die Raumplanung für das Gebäude Hauffstraße enthalten. Nun muss im Verlaufe des Jahres eine Entscheidung getroffen werden, wie das Raumkonzept aussehen soll. Angesichts der demographischen Struktur der Kreisverwaltung (großer Anteil derer, die bereits in Altersteilzeit sind, 1 Drittel der Beschäftigten sind über 50 Jahre, annähernd 50 % der Beschäftigten sind Frauen) möchten wir an eine Passage aus der letzten Haushaltsrede erinnern. Ich zitiere: „... Aus unserer Sicht ein guter Anlass dann eine arbeitsplatznahe Kinderbetreuung anzubieten. Dass im Wettstreit um gutes Personal der Aspekt von Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Zukunft eine immer wichtigere Rolle spielen wird, ist inzwischen unbestritten.“ Dasselbe gilt zu prüfen, in wieweit in unseren anderen Einrichtungen (Krankenhaus GmbH und Pflegeeinrichtungen) eine Möglichkeit diesbezüglich geschaffen werden könnte – auch hier durchaus in Kooperation mit den jeweiligen Kommunen.

Wir sehen durchaus, was die Verwaltung bereits jetzt schon an Anstrengungen unternimmt. Wir sind gerne bereit, weitere Ideen einzubringen, um die in absehbarer Zeit ausscheidenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter adäquat ersetzen zu können. Neuer Fachdienst in der Kreisverwaltung Der letztes Jahr eingerichtete Fachdienst Ländlicher Raum hat sich in unseren Augen sehr positiv ausgewirkt. Man könnte beinahe sagen, er gestaltet sich zu einer Art Daseinsvorsorge außerhalb des medizinischen und sozialen Bereichs. Unser ÖPNV-Angebot ist ja sehr eng verzahnt mit der Gestaltung der Schülerbeförderung.

Dieses Thema wird auf längere Sicht sicher auch im Hinblick auf die regionale Schulentwicklung diskutiert werden müssen. Hier brauchen wir eine enge Abstimmung aller Beteiligten – sonst werden die Kosten nicht mehr finanzierbar sein.

Eine Aufgabe des Fachdienstes ist neben dem Mitwirken - ich zitiere aus dem Haushaltsentwurf 2015, Seite 240, „am Ausbau der hochleistungsfähigen passiven Infrastruktur für Breitband“ die Förderung von Wohneigentum. Die Verwaltung wird sicher prüfen, in wieweit wir an den von der Landesregierung ganz neu erhöhten Mitteln

SPD
Anhorn, Paul , Lehrer i.R., Dornstadt
Dorner, Klara , Lehrerin a.D., Griesingen
Eh, Christopher , Bürgermeister, Dietenheim
Haas, Jürgen , Lehrer, Schelklingen
Kayser, Thomas , Bürgermeister, Blaubeuren
Maier, Mathilde , Krankenpflegehelferin, Langenau
Späth, Lisa , Lehrerin, Beimerstetten
Strobel, Manfred , Finanzbeamter, Blaustein

teilhaben könnten. (Immerhin für Breitbandausbau 32 Millionen und 150 Millionen für die Wohnungsbauförderung) – zumal das Wohnungsangebot gerade im Sozialmietbau nicht auszureichen scheint. (siehe Haushalt S. 245). In diesem Zusammenhang wünschen wir uns im kommenden Jahr eine ausführliche Information und Diskussion über die Aufgabenfelder der Kreisbau. Vielleicht könnte hier die Kooperation mit unseren Kommunen gerade im Bereich der Schaffung von bezahlbaren Wohnungen erfolgversprechend sein? Beispiele für gelungene Kooperationen können wir ja im Haushaltsplan nachlesen und wie es scheint, durchaus als Win-win-Situation. Nun zu den Straßen und Radwegen Das Land hat seine Hausaufgaben inzwischen gemacht. Auf Ende 2013 betrug das seit 2005 aufgelaufene Defizit ca. 3,3 Millionen. Ein neuer Verteilerschlüssel bewirkte zugleich eine leichte Erhöhung der Zuweisungen für die Landstraßen. Da die Zuweisung für 2014 rückwirkend erfolgt, fällt die Zuweisung 2015 besonders hoch aus.. Für den Um- und Ausbau von Kreisstraßen und den Bau von Radwegen sind dieses Jahr

zwar weniger Mittel als 2014 vorgesehen, aber erfreulich ist, dass von den dafür eingeplanten 4,4 Millionen 1 Million für Radwege verwendet werden soll. Wir halten die Lösung, dass sich die jeweilige Kommune mit 50 % an den Radwegen beteiligen muss, für sehr sinnvoll. Bei der vorgesehen Fortschreibung des Radwegplanes begrüßen wir die Erstellung einer Prioritätenliste in enger Zusammenarbeit mit den jeweiligen Kommunalparlamenten Wirtschafts-Förderung, Tourismusförderung Wirtschafts- und Tourismusförderung sind wichtige Daueraufgaben und uns weiter-hin ein großes Anliegen. Inzwischen wurden

Freie Wähler
Aigeltinger, Andreas , Vermessungsingenieur, Dornstadt
Bobsin, Renate , Bürgermeisterin, Nerenstetten
Braig, Rainer , Bürgermeister, Erbach
Dr. Brzoska, Wolf , Pensionär, Ehingen
Eberhardt, Armin , Elektromeister, Beimerstetten
Härle, Reinhard , Landwirt und Kraftfahrer, Erbach
Jung, Martin , Bürgermeister, Illerkirchberg
Kaufmann, Klaus , Bürgermeister, Laichingen
Kohal, Thomas , Polizeibeamter, Munderkingen
Kraus, Leonhard , Polizeioberkommissar, Langenau
Mangold, Bernd , Bürgermeister, Berghülen
Mangold, Wolfgang , Bürgermeister, Langenau
Oßwald, Josef , Studiendirektor a.D., Blaustein
Schweizer, Bernhard , Rechtsanwalt, Laichingen
Seibold, Jörg , Bürgermeister, Blaubeuren
Straub, Erich , Bäckermeister, Blaubeuren

einige Punkte vor allem im Bereich der Wanderkonzeption in Angriff genommen. Was unserer Meinung nach noch etwas blass und mit zu wenig Ausstrahlungskraft daherkommt, ist das Thema, das uns ein Alleinstellungsmerkmal bietet. Der Werbeslogan „Weltkultursprung“ zusammen mit-dem Steinzeitdorf in Blaustein-Ehrenstein im UNESCO Weltkulturerbe beinhalten viel mehr Potential. Einen positiven Motivationsschub zur weiteren Vernetzung und ein Baustein im Gesamtkonzept „Weltkultursprung“ stellen sicher die von der Landesregierung für 2015 und 16 zugesagten 500 000 Euro dar. Die Besuche von Peter Friedrich, Bundesratsminister, von Alexander Bonde (Minister für Ländlichen Raum und

Verbraucherschutz), von Kultusminister Andreas Stoch sowie dem Fraktionsvorsitzenden Claus Schmiedel verfehlten ihre Wirkung nicht. Hier danken wir vor allem Martin Rivoir, MdL Ulm für sein Engagement. Die zwei Standorte, sozusagen auf dem Weg von Schelklingen über Ulm nach Asselfingen zeigen ein Teilstück der Zusammenhänge.

Zusammenfassung:

Als Ergebnis unserer Beratungen und der Beratungen in den Ausschüssen des Kreistages stelle ich für SPD-Fraktion fest: Nach Abwägung aller uns wichtigen Gesichtspunkte: Soziale Ausgewogenheit, ausgewogene Verteilung der Lasten, weiteren Investitionen in unsere Krankenhäuser, Schulen und Infrastruktur sowie einer vertretbaren Entwicklung der Verschuldung des Landkreises hat die SPD-Fraktion beschlossen diesem Haushalt, so wie er uns heute vorliegt, zuzustimmen.

Dank

Meine Rede beenden möchte ich mit dem Dank der SPD-Fraktion und auch meinem persönlichen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller Ebenen der Landkreisverwaltung für ihre geleistete Arbeit. Wir bedanken uns bei der Geschäftsleitung unserer ADK GmbH für Gesundheit und Soziales, insbesondere auch bei Ihnen, Herr Neumeister und Herr Schneider, für die gute Zusammenarbeit und die geleistete Arbeit. Wir bedanken uns auch bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Einrichtungen unseres Kreises. Sie alle tragen zum Wohlfühl unserer Kreisbewohner bei.

Ganz besonders bedanken wir uns bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der ADK-GmbH für Gesundheit und Soziales. Wir sagen Dankeschön für ihre engagierte und nicht immer einfache Arbeit, die sie dort Tag für Tag zum Wohle der Bewohnerinnen und Bewohner sowie der Patientinnen und der Patienten leisten.

Und dass dies alles in unseren Einrichtungen so gut bewerkstelligt werden kann, dazu trägt auch die konstruktive Mitarbeit der jeweiligen Betriebsräte bei. Deshalb auch Ihnen ein Dankeschön.

Demokratisches Zusammenwirken

Ganz persönlich, aber auch im Namen der SPD-Fraktion möchte ich mich aber auch bei den Kolleginnen und Kollegen des gesamten Kreistages bedanken. Das bisherige konstruktive Miteinander zeigt, dass es uns allen um die Zukunft geht. des Landkreises

Bündnis 90/Grüne

Bohnacker, Friedrich, Ökobauer und Sozialpädagogin, Blaubeuren

Dumlu, Masallah, Dipl. Wirtschaftsinformatiker (FH), Illerkirchberg

Dr. Jungwirth, Robert, Kinder- und Jugendarzt, Blaustein

Kneer, Pius, Steuerberater, Westerheim

Prinzing, Marianne, Bürokauffrau, Lonsee

Riedlinger, Roland, Realschullehrer, Langenau

Scheffold, Angela, Bankkauffrau, Ehingen

Wucher, Susanne, Dipl.-Verwaltungswissenschaftlerin, Erbach

geht. Dass dabei je nach Gruppierung mal verschiedenen Einschätzungen und Sichtweisen gegeben sind, liegt in der Natur unserer jeweiligen Parteizugehörigkeit. Aber die gegenseitige Wertschätzung macht es uns allen dabei leichter. Das gute Miteinander zeigte sich nicht nur bei den gemeinsamen Unternehmungen und Fahrten, sondern auch darin, dass wir uns heute noch in einem Tagesordnungspunkt mit den anstehenden verschiedenen Handelsabkommen zwischen Europa und den westlichen Staaten beschäftigen.

Nach reiflichen Überlegungen, zuerst innerhalb der SPD, dann zusammen mit den GRÜNEN haben wir uns entschlossen, auf sie alle zuzugehen. Dabei sind wir bei allen Fraktionen auf offene Ohren gestoßen. Die ermöglicht es heute, eine gemeinsame Positionierung zu diesem Themenkomplex zu erreichen, weil wir alle erkannt haben, dass die Weichenstellungen in den Verträgen nicht zu Ungunsten unserer Daseinsvorsorge führen dürfen.

Dafür möchten wir uns ausdrücklich bedanken und wünschen uns weiterhin konstruktive Zusammenarbeit – auch wenn wir in der Sache durchaus auch mal kontrovers sein sollten.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!
Für die SPD-Fraktion
Klara Dorner Fraktionsvorsitz